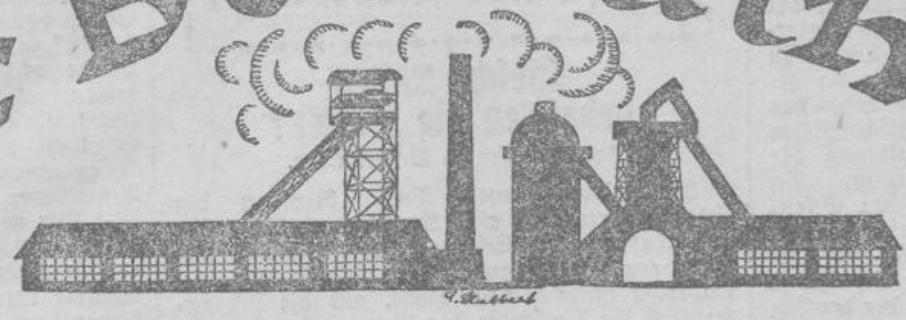
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 27. Mai 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 21**

Inhalt der Nummer:

Eine Totenwanderung. Von D. Otto Everling, M. d. R., Nikolassee.
Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Welche Lasten bedrücken die Völker? Von Dr. Emmy Voigtländer.
Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien. Von Korvettenkapitän a. D. Metzenthin, M. d. L.
Politische Wirtschaftsbetriebe.
Sozialistische Führer über die Verlängerung der Arbeitszeit.
Das Handwerk als Erziehungsfaktor.
Til. Stella aus Siegen als Schützling Melanchthons. Von Bergrat Gustav Ernst, Halberstadt.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Eine Totenwanderung.

Von D. **Otto Everling**, M. d. R., Nikolassee.

Die französische Regierung hat die Heimschaffung sämtlicher in Deutschland beerdigter Franzosen nach Frankreich beschlossen und will diesen Beschluß in den nächsten Monaten ausführen. Etwa 20 000 Franzosen aus dem Weltkriege liegen in Deutschland beerdigt, die in Lazaretten oder Gefangenenlagern gestorben sind. So werden also durch unser Vaterland in den nächsten Monaten Züge um Züge rollen mit den Gebeinen der 20 000 Franzosen — eine Totenwanderung, die voraussichtlich wieder viel Erregung und Haß gegen Deutschland in Frankreich lebendig machen wird. Der Wunsch der Angehörigen, im Kriege Gefallene oder Verstorbene in der Heimat zu beerdigen, ist an sich begreiflich. Und doch habe ich stets die Empfindung gehabt, selbst wenn pietätvolle Sehnsucht das Grab aus Feindesland in die Heimat verlegte: wäre es nicht besser, man ließe die Toten ruhen. Die Möglichkeit der Überführung der vielen hunderttausende Deutscher, die in Feindesland zur letzten Ruhe gelegt sind, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Wenn im Vertrag von Versailles die Zurückführung gegenseitig gewährleistet wird, so hat dies für die Deutschen keinen durchschlagenden Wert. Viel wichtiger wäre es uns zu wissen, daß die zahllosen Gräber draußen pietätvoll bewahrt würden, wie wir gewiß sind, daß die Franzosengräber in Deutschland mit der Ehrfurcht, die wir auch vor den toten Feinden haben, getreulich behütet werden.

Wenn nun trotzdem unter Poincaré die französische Regierung diesen Entschluß gefaßt hat, so werden wir uns seine Wirkung klar machen müssen. Die Franzosen senden Kommissionen mit Särgen in zahlreiche deutsche Orte. Allerhand Reibungen können bei allem Entgegenkommen nicht ausbleiben. Auch Schwierigkeiten werden nicht fehlen, da es sich vielfach um Ausgrabungen handelt, die bis zu acht Jahren nach der Beerdigung stattfinden. Trotz der sorgfältigen Registerführung in deutschen Lazaretten und Gefangenenlagern ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß hier und da Verwechslungen vorkommen und die Überreste eines Russen oder des Angehörigen einer anderen Nation statt eines Franzosen in die französische Heimat reisen.

Die Frage der Gebühren der Überführung von Leichen, die in verschiedenen Gemeinden verschiedenartig geordnet sind, werden Weiterungen veranlassen. Hat doch schon der Reichsminister des Innern sich wegen Abänderung der Vorschriften und Herabsetzung der Gebühren mit den Ländern und Gemeinden in Verbindung setzen müssen. Und entgegenkommend, wie nun einmal die Deutschen sind, hat der Reichsverkehrsminister bereits die Ermäßigung um die Hälfte der tarifmäßigen Fracht bei der Zurückführung der französischen Leichen in Aussicht gestellt.

Aber all diese Schwierigkeiten sind nicht das Hauptbedenken, das bei dieser französischen Maßnahme auftaucht. Das besteht darin, daß voraussichtlich neben der Beunruhigung in mancher deutschen Stadt durch das Erscheinen der französischen Kommission eine Welle der Erregung und des Hasses in Frankreich wieder geweckt wird an allen den 20 000 Orten, in denen man die zurückgeführten Leichen bestattet. Man kann sich vorstellen, daß die Wagen an der Grenze mit Ehrenpforten und Reden empfangen werden, daß in den einzelnen Gemeinden die neue Beisetzung unter großer Aufmachung stattfindet. Käme dabei nur die pietätvolle Dankbarkeit für den tapferen Toten zum Ausdruck, der für sein Vaterland sich hingegeben hat, man würde keinerlei Einwendungen erheben dürfen. Aber aus allem, was wir aus ähnlichen Veranstaltungen hören und wissen, steht zu befürchten, daß die große weltgeschichtliche Lüge von der Schuld Deutschlands bei solchen Gelegenheiten wieder neue Verhetzung und Aufregung der Gemüter herbeiführen wird. Pietätvoller Schutz der Kriegergräber diesseits und jenseits der Grenze hätte mit der Zeit Verständigung und Versöhnung finden können. Wir meinen deshalb, daß die französische Regierung mit dieser geplanten Totenwanderung kein gutes Werk tut, und daß es die Pflicht der früheren Bundesgenossen wäre, Frankreich wie von so vielem anderen Unheilvollen auch von diesem Schritt zurückzuhalten.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Rußland und die Reparationsanleihe heißen die beiden Rettungsanker, an denen sich gegenwärtig Deutschland aus dem wirtschaftlichen Sumpfe, in den es der Vertrag von Versailles gestoßen hat, hinauszuarbeiten hofft. Die Frage ist nur, ob diese beiden Rettungsmittel so fest und erreichbar sind, daß man sich an sie anklammern kann, oder ob es nur Strohhalme sind, die trügerische Hoffnungen erwecken. Was zunächst die auf die Wiederbelebung des Handels mit Rußland gesetzten Erwartungen anbetrifft, so ist die riesige Zurückhaltung bemerkenswert, mit der die amerikanische Hochfinanz nach wie vor jedem Vertragsabschluß mit Rußland gegenübersteht. Dieses Verhalten ist zweifellos nicht allein auf die grundsätzliche Abneigung gegen das wirtschaftspolitische Sowjet-System zurückzuführen, denn die Amerikaner sind viel zu tüchtige Geschäftsleute, um sich allein von dogmatischen Prinzipien leiten zu lassen. Allerdings braucht auch Amerika zurzeit den Handelsaustausch mit Rußland nicht so dringend wie die meisten andern Länder, da es scheinbar seine wirtschaftliche Krisis aus eigener Kraft im wesentlichen zu überwinden vermag. Ganz anders liegen die Dinge für Deutschland, für das alles davon abhängt, ob es ihm gelingt, seine Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Da England und auch Amerika offenbar bestrebt sind, die deutsche Ausfuhr nach Westen hin möglichst einzuschränken, indem sie die deutsche Regierung zu Maßnahmen zwingen, die die deutschen Herstellungspreise künstlich zu steigern und dadurch die Valutavorteile für den deutschen Außenhandel auszugleichen geeignet sind, so bleibt für Deutschland die Öffnung des so lange versperrt gewesenen Handelsweges nach dem Osten von entscheidender Bedeutung.

Der Reichstagsabgeordnete Hugo hat sich in diesen Tagen in einem Vortrage in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes mitteldeutscher Industrieller im ganzen sehr zuversichtlich über die deutschen Aussichten in Rußland ausgesprochen. Er hat auch die Wege skizziert, die zur Erreichung des Zieles führen können. Nach Ansicht Dr. Hugos muß der Anfang mit der Wiederherstellung der Verkehrsmittel gemacht werden. Dann müssen Deutsche, die mit Rußland Handel treiben wollen, sich mit

russischen Kaufleuten zusammentun, und deutsche Industrielle müssen in russische Unternehmungen Kapital einschießen, das sich am Anfang nicht verzinsen wird, die notwendigen Maschinen heranschaffen und sogar das Brot zur Ernährung der Arbeiter. Dies sind Anfangsschwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Zweifellos ist die Sowjet-Regierung heute schon bemüht, der Betätigung ausländischen Kapitals und Unternehmungsgeistes nach Kräften die Wege zu ebnen. Sie beteiligt sich mit Vorliebe an gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften, bei denen das Ausland das Kapital und die wirtschaftlichen Erfahrungen usw., die Sowjet-Regierung die Rohstoffe und Arbeitskräfte einbringt. An einigen gemischtwirtschaftlichen russischen Gesellschaften sind auch bereits deutsche Unternehmungen beteiligt, wie z. B. die Zeppelin-Gesellschaft an der deutsch-russischen Luftverkehrs-Gesellschaft oder der Hapag-Hariman-Konzern an der deutsch-russischen Transport-Gesellschaft. Aber Rußland braucht zum Wiederaufbau seiner zerstörten Wirtschaft auch Kapital. Daher ist die Teilnahme der deutschen Wirtschaft am russischen Wiederaufbau darauf angewiesen, daß es Deutschland gelingt, seine finanzielle Lage erheblich zu verbessern. Hier scheint aber eine große Auslandsanleihe der einzige Weg zur Beseitigung der die deutsche Wirtschaft nach allen Seiten hin beengenden Kapitalnot zu sein.

Es ist in den letzten Wochen in Deutschland üblich geworden, das große Anleiheproblem mit einem gewissen Optimismus zu betrachten. Aber was bisher über die amerikanischen Bedingungen bekannt geworden ist, gibt allen Anlaß, die Hoffnungen wesentlich herabzustimmen. Zunächst hält Amerika an der Forderung einer wesentlichen Herabsetzung der Gesamtsumme der Reparationsforderungen — etwa auf 50 Milliarden Goldmark — unbedingt fest. Das ist vom deutschen Standpunkt aus durchaus erfreulich, denn ohne eine Herabsetzung der Reparationssumme muß jede Anleihe auf die Dauer Deutschland nur noch tiefer in eine untilgbare Schuld verstricken. Aber noch sind keine Anzeichen dafür da, daß Frankreich trotz seines eigenen dringenden Geldbedarfs zu einem Entgegenkommen in dieser Hauptfrage bereit ist. Frankreichs Ziele sind viel weitgehender, als daß es mit der Bezahlung einer mäßigen Reparationssumme befriedigt werden könnte. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, müßten auch die Bedingungen, die Morgan für Deutschland bereit hält, als unannehmbar angesehen werden. Deutschland soll sich nicht nur verpflichten, seine Notenproduktion allmählich stillzulegen, sondern auch seine Zölle und seine Eisenbahnen als Sicherheit für die Zinszahlung verpfändenn. Geschäftlich betrachtet, bietet beides keine ausreichende Sicherheit. Die deutschen Zölle bringen jährlich zurzeit 8 Milliarden Papiermark ein, die deutschen Eisenbahnen aber erfordern sogar sehr erhebliche Zuhußen. Der Verdacht ist also nicht unberechtigt, daß es dem englisch-amerikanischen Kapital vor allem auf eine Kontrolle der deutschen Produktion und des deutschen Außenhandels ankommt. Die Gefahr ist groß, daß die ganze Anleihegewährung nur als Vorwand dient, um die englisch-amerikanische Wirtschaft endgültig von der deutschen Konkurrenz zu befreien. Die ganze englische Politik war bisher auf dieses Ziel eingestellt, und Amerika scheint in dieser Frage England nur Sekundantendienste leisten zu wollen.

So steht die deutsche Volkswirtschaft heute einer in jeder Hinsicht ungewissen Zukunft gegenüber. Das prägt sich naturgemäß in einer vollkommenen Geschäftsstille auf den deutschen Börsen aus, die nun schon seit Wochen unverändert anhält und auf die auch die Beendigung der Konferenz von Genua keinerlei Einfluß ausüben dürfte. Man blickt längst nicht mehr nach Genua, sondern nach den Anleihe- und Reparationsverhandlungen in Paris. Die Ungewißheit, was nach dem 31. Mai werden wird, lähmt alle Geschäftslust. Und die Gewißheit, daß die Zwangsanleihe in wenigen Monaten eine weitere erhebliche Entziehung des dringend notwendigen Betriebskapitals bringen wird, ist natürlich keineswegs geeignet, die Stimmung der deutschen Börsen zu verbessern.

Die Revision des Versailler Vertrags.

Welche Lasten bedrücken die Völker?

Von Dr. Emmy Voigtländer.

In seinem neuen Buch „Revision des Friedensvertrages" gibt Keynes auf Seite 240 eine Tabelle der Schulden der einzelnen Regierungen gegeneinander. Es sind Zahlen von wahrhaft schwindelnder Höhe, auf die sich namentlich die Vorschüsse der Vereinigten Staaten an andere Regierungen belaufen. (Stand vom Juli 1921.) England, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland, Serbien u. a., im ganzen 19 Staaten, sind auf das tiefste verschuldet an Amerika. Die Gesamtsumme dieser Schulden beträgt über 11 Milliarden Dollar. Die unbezahlten Zinsen betragen bis Juli 1921 für England 407 000 000 Dollars, für Frankreich 284 000 000, für Belgien 34 000 000, insgesamt mit denen der übrigen Staaten 943 000 000 Dollars. England hat Gesamtverpflichtungen an Amerika 4 573 318 358,44 Dollars, Frankreich 3 634 762 938,19, Italien 1 809 034 050,90. Sehr lehrreich sind die Summen, die von Amerika für Verkauf von Kriegsmaterial erzielt wurden. Das sind für Belgien 27 588 581,14, für die Tschechoslowakei 20 621 994,54, für Estland 12 213 377,88, für Frankreich 4 000 000 000,00, für Lettland 2 521 869,32, für Litauen 4 159 491,96, für Polen 59 636 320,25, für Rumänien 12 922 675,42, für Rußland 406 082,30, für Serbien 24 978 020,99 Dollars. Dazu kommen die Vorschüsse und Anleihen der britischen Regierung an andere Regierungen nach dem Stand vom März 1921 in Höhe von 1 787 262 007,18,3 Pfund und 1 806 828 245,13,8 Pfund.

Es ist auch dem Laien klar, daß eine so ungeheuerliche wechselseitige Verschuldung untereinander die Weltwirtschaft auf das schwerste schädigt und lähmt, daß sie insbesondere die Völker zu gänzlich unproduktiven Ausgaben lediglich zur Verzinsung der Schuldenanleihen zwingt. Anstatt für den wirklichen Wiederaufbau, für wirkliche Bedürfnisse zu arbeiten, müssen die Völker in erster Linie für Abzahlung ihrer Schulden sich anstrengen. Die Hauptlast fällt dabei natürlich auf das unglückliche deutsche Volk, an dem sich die übrigen, da es „verantwortlich" für den Krieg, schadlos halten. An der unerträglichen Höhe der Reparationsforderungen trägt wesentlich die Höhe der Schulden der Entente an Amerika mit Schuld. Der unglaubliche Widersinn dieser Forderungen wird immer aufs neue durch die Tatsache offenbar, daß Deutschland ja gar nicht verantwortlich zu machen ist für den Krieg, daß es in Wirklichkeit zahlen und fronen muß für die Kosten des Krieges, der gegen es geführt wurde.

Wir sind nun in der Lage, einen Blick in die unterirdischen Zusammenhänge der Verschuldung der Ententestaaten an Amerika mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg zu tun. Dr. W. Forge veröffentlichte am 1. März 1922 in der Münchener Zeitung einen Artikel „Wie Amerika in den Krieg gehetzt wurde" und weist nach, daß dies in erster Linie Werk der amerikanischen Hochfinanz war, die keinen schnellen Frieden wünschte, der, da damals für Deutschland günstig, die Zahlung der amerikanischen Schulden in Frage gestellt hätte. Er bezieht sich auf die Erzählung von Gabriel Hanotaux, Gesch. d. Krieges 1914, Heft 107, S. 54, wonach Frankreich Ende 1914 bereit gewesen wäre, Frieden zu schließen. Man stelle sich vor, damals war Frankreich noch kaum verwüstet, hätte aber allerdings auf Elsaß-Lothringen wohl endgültig verzichten müssen. Vielleicht kommt auch einmal in Frankreich die Vernunft zum Durchbruch, daß es doch seinen „Sieg" auf Kosten seiner verwüsteten Gebiete, seiner ausgebluteten Bevölkerung und seiner finanziellen Zerrüttung reichlich zu teuer bezahlt habe. Vielleicht kommt auch einmal den Franzosen die Erkenntnis, für welche Interessen ihr Revanchedurst benutzt und ausgebeutet wurde. Denn Ende 1914 kam Robert Bacon vom Morgantrust nach Frankreich, und er wie die amerikanischen Botschafter M. T. Herrick, W. G. Sharp taten alles, um Frankreich zum „Durchhalten" zu bewegen, da sie sicher wären, Amerika würde mit der Zeit offen in den Krieg eintreten. „Es sind jetzt in Amerika 50 000 Personen, die erkennen, daß die Vereinigten Staaten es nicht vermeiden werden können, in den Krieg einzutreten, aber es gibt 100 Millionen Amerikaner, denen dieser Gedankengang fremd ist. Wir wollen diese Zahlen ins Gegenteil verkehren und wir werden Erfolg haben."

Sie hatten ja auch Erfolg, und dieser wurde dadurch erreicht, daß schon im März 1915 die Finanziers und die Vertreter der Stahl-, Schiffbau-, Pulver- und Munitionsindustrie zusammenkamen. 12 Journalisten wurden bezahlt, es wurden 25 große Zeitungen ausgesucht, und für die Kriegspropaganda eine Summe aufgewendet, die „selbst amerikanische Begriffe übersteigt."

Hinter diesen nüchternen Zahlen und Tatsachen verbergen sich die Kriegsleiden und die Totenopfer der europäischen Völker. Heute noch ist eine wirkliche Erholung, eine Rückkehr zu gesunden Verhältnissen unmöglich infolge der finanziellen Zerrüttung und allgemeinen Verschuldung. Was kümmert das aber die Vertreter der amerikanischen Hochfinanz? Sie bestehen auf ihrem Schein, Menschen und Völkerleben sind ihnen gleichgültig. Ihre Interessen sind es, die sich unter den schönen Worten von der „Einheit der Kulturmenschheit", der „Sympathie der Menschheit", der „internationalen Verflechtung der Menschheitsinteressen" verbergen, deren Wortführer der Hauptkriegsverlängerer Wilson war. An diese Zusammenhänge muß namentlich das deutsche Volk als Hauptopfer dieses unmenschlichen „Menschheitssystems" immer wieder erinnert werden. Denn allzuviele gibt es, die immer noch nicht den „Menschheits"glauben verloren haben. Die „Menschheit" und das Leben der Völker sind ganz verschiedene Dinge.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien.

Von Korvettenkapitän a. D. **Metzenthin, M. d. L.**

Am 15. Mai ist in Genf die Unterschrift unter das deutsch-polnische Ablommen über Oberschlesien gesetzt worden. Der Augenblick darf nicht vorübergehen, ohne daß noch einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt würde, daß das Genfer Diktat mit seiner brutalen Nichtachtung der großen deutschen Abstimmungsmehrheit für Deutschland stets Unrecht und Vergewaltigung bleiben wird, dessen Wiedergutmachung wir vom Gange der Weltgeschichte erwarten. Diese grundsätzliche Einstellung überhebt die deutsche Regierung aber nicht von der Pflicht, in vertraglicher Kleinarbeit nach bestem Können für die Interessen des Deutschtums in den verloren gehenden Gebieten zu sorgen. Denn dieses Deutschtum muß stark und lebenskräftig bleiben. Daß zu erreichen, ist der Zweck des Abkommens.

Für den Minderheitsschutz ist auf kulturellem Gebiet festgesetzt, daß überall dort, wo 30 deutsche Schüler vorhanden sind, eine deutsche Schule errichtet werden muß, eine höhere Lehranstalt, wo 300 Schüler dafür vorhanden sind. Gibt es in der oberen Klasse einer polnischen höheren Lehranstalt 20, in einer unteren Klasse 30 Deutsche, so müssen für sie Parallel-Klassen eingerichtet werden.

Die Staatszugehörigkeit regelt sich in folgender Weise: Persönlichkeiten, die vor dem 1. Juni 1908 in Oberschlesien ansässig waren, erhalten ohne weiteres die polnische Staatszugehörigkeit; sie können aber innerhalb zwei Jahren für Deutschland optieren. Leute, die erst später nach Oberschlesien gekommen und jetzt noch ansässig sind, können sich innerhalb zwei Jahren darüber entscheiden, welchem der beiden Staaten sie angehören wollen.

Über die Liquidation deutschen Eigentums ist festgesetzt: Unternehmungen der Großindustrie, also in erster Linie Bergwerke, Hütten, Lagerungen, sowie die zu ihrer Versorgung dienenden Güter können innerhalb 15 Jahren, d. h. bis zum 1. Juni 1937, nur unter der einen Bedingung enteignet werden, „wenn es für die Aufrechterhaltung des Betriebes unerläßlich" ist. Diese Bestimmung klingt nebelhaft und hat auch vielfach eine wenig freundliche Beurteilung in den betroffenen Kreisen gefunden. Nach einer Auslegung, die ich wegen der Stelle, von der sie kommt, für authentisch halten muß, soll sie nur dann in Anwendung gebracht werden dürfen, wenn es sich um eine absichtliche Stillegung des betreffenden Werkes durch den Besitzer handelt. Forstbesitz kann nicht enteignet werden, landwirtschaftlich benutzte Güter nur dann, wenn sie eine Größe von mehr als 100 Hektar haben. Ausgenommen sind solche, deren Besitzer vor dem 1. Juni 1908 in Oberschlesien wohnten, ferner solche, die jetzt von ihren Besitzern bewohnt sind. Von dem Rest darf höchstens ein Drittel zur Enteignung kommen. Nach Berechnungen, die angestellt worden sind, kann es sich um höchstens 2000 Hektar handeln.

Eine Garantie für die Durchführung des Vertrages hat man dadurch zu schaffen gesucht, daß eine „gemischte Kommission", die aus zwei Deutschen, zwei Polen und einem neutralen Vorsitzenden besteht, eingerichtet wird. Außerdem ist ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht für die Schlichtung aller privatwirtschaftlichen Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung des Vertrages ergeben, vorgesehen. Auch dieses Schiedsgericht hat einen neutralen Vorsitzenden. Ein gedeihliches Arbeiten beider Sicherungsmaßnahmen wird in der Hauptsache von der Persönlichkeit des Vorsitzenden abhängen. Dem Vernehmen nach ist für beide Posten der schweizerische Bundesrat Calonder vorgesehen, dessen unparteiliches Verhalten bei den Verhandlungen über das deutsch-polnische Abkommen allgemein anerkannt worden ist.

Man wird zugeben müssen, daß der Vertrag an sich nicht ungünstig ist. Freilich hat die Erfahrung gelehrt, daß die polnische Vertragstreue oft außerordentlich zu wünschen übrig läßt. Gegenüber Verwaltungsschikanen ist auch ein Schiedsgericht machtlos. Immerhin erscheint es nicht ganz ausgeschlossen, daß die polnische Regierung doch allmählich zu der Erkenntnis kommt, daß ein loyales Zusammenarbeiten mit Deutschland ein Lebensbedürfnis für das eigene Land ist. Die Tatsache, daß es gelungen ist, in allen Punkten des Vertrages zu einem Übereinkommen zu gelangen, so daß sich ein Schiedsspruch durch den Vorsitzenden Calonder erübrigte, deutet immerhin in diese Richtung, namentlich da das Übereinkommen keineswegs durch einseitiges Zurückweichen der Deutschen zustande gekommen ist.

Die Ereignisse in der großen Politik, Isolierung Frankreichs in Genua, und starkes Hervortreten Rußlands, scheinen in der Tat geeignet, in Warschau zu der Überlegung anzuregen, ob es weiterhin angezeigt erscheint, dem östlichen und westlichen Nachbarn dauernd auf die Hühneraugen zu treten. In der Tat ist so ganz unzweifelhaft, daß eine gewisse Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet im Interesse von Deutschland und Polen liegt und daß in diesem Verhältnis Polen noch mehr auf Deutschland angewiesen ist, als wir auf Polen.

Politische Wirtschaftsbetriebe.

Vom Landtagsabgeordneten von Eynern, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin.

Eine der wichtigsten Fragen unter den vielen Problemen, die die Neuordnung unseres Staatswesens wieder aufgerollt hat, ist die von der möglichen Ausdehnung der Staatsgewalt. Hatte der alte Polizeistaat des 17. und 18. Jahrhunderts in seiner Allmacht Grenzen der Staatsgewalt überhaupt nicht mehr anerkannt, sondern versucht, das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben einheitlich von Staats wegen aus zu leiten, so setzte mit dem Einzug freiheitlicher Ideen eine rückläufige Bewegung ein, die nach mancherlei Richtung der Betätigung der Staatsgewalt engere Grenzen zu ziehen suchte. War es auf geistigen Gebiete die Forderung der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, so entsprach dem auf dem wirtschaftlichen Gebiete die Lehre vom Freihandel, bis schließlich das Manchestersystem die Lehre aufstellte, der Staat habe sich lediglich um den Schutz seiner Untertanen zu bekümmern. Das nicht unberechtigte Spottwort vom Nachtwächterstaat war die Antwort auf diese zu weit gehende und utopische Freiheitsidee. Gerade die soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts hat gezeigt, daß die Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, die sich nun einmal jede sittlich begründete Gemeinschaft von Menschen als Ziel setzen muß, nicht erreicht werden kann, ohne die Aufrichtung einer starken, positiv wirkenden öffentlichen Gewalt. Das Bestreben, den Auswüchsen des privaten Erwerbstriebes dadurch entgegenzutreten, daß gewisse für die Existenz der Bevölkerung unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse in öffentlichen Betrieben hergestellt werden, ist daher an sich ein durchaus Natürliches und dem Staatsgedanken Entsprechendes. Nicht grundsätzlich und aus theoretischen Erwägungen heraus wird man einen Staats- oder Stadtbetrieb ablehnen können, sondern der Prüfstein wird hier, wie bei jeder Betätigung der öffentlichen Gewalt der sein müssen, ob durch die Art der Handhabung das gemeine Wohl gefördert oder geschädigt wird.

Es bedeutet daher einen Rückfall in längst überwundene manchesterliche Lehren, wenn man grundsätzlich dem Staat oder der Gemeinde den Beruf abspricht, durch eigene Veranstaltungen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Das unklare und vieldeutige Schlagwort der Sozialisierung hat hier vielfach auf beiden Seiten den Blick für die Grundlagen des Problems getrübt. Die Frage der Sozialisierung muß daher zunächst ausscheiden. Hier handelt es sich darum, ob wir Staats- und Gemeindebetriebe behalten wollen, und hier ist eine sehr ernsthafte Prüfung darüber notwendig, ob die öffentliche Gewalt in der Zusammensetzung und Betätigungsart, wie sie sich heute in Staat und Stadt darstellt, in der Lage ist, große wirtschaftliche Betriebe zum Wohle des Ganzen zu verwalten. Die heutigen leitenden Behörden sind im wesentlichen politischer Art, d. h. sie stehen im Zusammenhang mit bestimmten Parteien, welche zufällig die Mehrheit haben, eine Mehrheit, die aber bei den nächsten Wahlen wieder verschwinden und einer anderen Platz machen kann. Daraus ergibt sich, daß das natürliche Bestreben einer solchen Parteiwirtschaft darauf gerichtet ist, in erster Linie denjenigen Kreisen zu Gefallen zu handeln, von denen sie gewählt ist. Schon hierdurch wird bei einem Wirtschaftsbetriebe eine gewisse Unstetigkeit herbeigeführt, die seinem Gedeihen nur abträglich sein kann. Aber ganz abgesehen von dem Wechsel der Parteien ist die Tatsache allein, daß die Leitung des Betriebes bei dem geltenden, und selbstverständlich geltend bleibenden gleichen Wahlrecht mittelbar von der großen Masse der darin beschäftigten Angestellten bestellt und beeinflußt wird, nicht ohne hemmenden Einfluß auf die Geschäftsführung. Den natürlichen Gegensatz zwischen der Leitung eines Betriebes und den Arbeitnehmern, der gewöhnlich von sozialistischer Seite fälschlich als der Kampf zwischen Kapital und Arbeit bezeichnet wird, müssen wir als gegeben hinnehmen. Für diesen Kampf hat die neuzeitliche Entwicklung der Privatindustrie durch die Bildung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und insbesondere durch die Begründung der Arbeitsgemeinschaften allmählich Regeln aufgestellt, die geeignet erscheinen, die Austragung der entstehenden Gegensätze in wirtschaftlich erträgliche Formen zu bannen. Diese Regelung beruht aber, wie alles, was in dieser Welt des Kampfes und der Selbstbehauptung zum Ausgleich und zur Ruhe kommt, auf einem abgemessenen Gleichgewicht der Kräfte. Bei den in öffentlicher Hand befindlichen Betrieben aber ist dieses Gleichgewicht der Kräfte gestört, denn die große Masse der Arbeiter und Angestellten macht ihren Willen nicht nur auf dem oben geschilderten Wege der gewerkschaftlichen Vertretung, sondern auch in der Form der Wahlbeteiligung geltend und beeinflußt damit mittelbar die Entscheidungen der Betriebsleitung. Mit anderen Worten, es ergibt sich, daß in den in öffentlicher Hand befindlichen Betrieben nicht allein das wirtschaftliche, sondern zu einem sehr erheblichen Teil das politische in einer einseitig auf die Interessen der Angestellten und Arbeiter gerichteten Weise den Ausschlag gibt. Diese Erscheinung beschränkt sich durchaus nicht auf die sogenannten sozialistischen Parteien, sondern sie kann sich überall geltend machen, wo ein starker Bruchteil der Parteizugehörigen sich aus den Kreisen der Angestellten und Arbeiter rekrutiert.

Daraus aber zu folgern, daß die sämtlichen staatlichen und städtischen Werke nunmehr mit Beschleunigung der Privatindustrie überantwortet werden müssen, heißt das Kind mit dem Bade ausschütten. Bei einer solchen Forderung wird übersehen, daß das Allgemeinwohl bei den großen Monopolbetrieben wie Eisenbahn und Post, Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität usw. dringend eine Einflußnahme amtlicher Stellen erfordert, damit nicht die Überspannung des privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens zu einer Schädigung der Allgemeinheit und zur Aufrichtung einer privatwirtschaftlichen Macht führe, die schließlich die gesamte öffentliche Gewalt aus den Angeln zu heben in der Lage wäre. Es kann der Anthroposophie eines Rudolf Steiner überlassen werden, sich abseits von den Tatsachen des Lebens eine Dreigliederung des sozialen Organismus auszudenken, in der Wirtschaft und geistiges Leben abseits vom Staate ein Sonderdasein führen sollen, und zugunsten dieser Entwicklung den „Abbau der Staatsgewalt" zu verkünden; für den Politiker gilt es am Wiederaufbau der Staatsgewalt zu arbeiten, und ein solcher Aufbau bedingt allerdings auch eine Gliederung und scharfe Trennung des Zusammengehörigen von dem Wesensfremden, aber diese Art Gliederung muß sich innerhalb der Staatsgewalt vollziehen und besteht im wesentlichen in der richtigen Organisation der verschiedenen Körperschaften und Behörden, welche den Willen der Gesamtheit zur Ausführung zu bringen haben. Wenn sich ergeben hat, daß der politische Einfluß auf die wirtschaftlichen Werksleitungen zum Untergang der öffentlichen Betriebe führt, so muß eben eine andere Organisationsform gefunden werden, welche die politischen Einflüsse ausschaltet. Diese Organisationsform braucht aber darum nicht aufzuhören, eine öffentlich-rechtliche, d. h. eine staatliche oder städtische zu sein. Auch bei der ersten freiheitlichen Bewegung, die das Herrschaftsgebiet des Staates abzugrenzen versuchte, spielte eine Art Dreigliederung eine Rolle, nämlich eine Teilung in die drei Betätigungsarten der Staatsgewalt, die Rechtsprechung, die Gesetzgebung und die Exekutive. Wenn damals die absoluten Könige sich der Einsicht nicht verschlossen haben, daß ihr Einfluß auf die Rechtsprechung dem Allgemeinwohl schädlich sei, und sie diesen Zweig ihrer Hoheitsrechte unabhängigen, d. h. unpolitischen Beamten des Staates übertrugen, so sollte der neue Souverän unseres Staates, das freie Volk, sich auch zu dem Gedanken durchringen können, daß die Leitung der wirtschaftlichen Betriebe durch keine politische Rücksichtnahme eingeschränkt werden darf, sondern daß es gilt, hier eine Organisationsform zu finden, die einerseits die Allgemeininteressen zu wahren weiß, anderseits aber auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, unabhängig von jeder politischen Einmischung, zur Geltung bringt. **Das Losungswort für unsere großen wirtschaftlichen Monopolbetriebe darf daher nicht heißen, „los vom Staate", oder „los von der Gemeinde", sondern „los von der Politik."**

Sozialistische Führer über die Verlängerung der Arbeitszeit.

Das in der Presse unlängst veröffentlichte Gutachten des sozialistischen Universitätsprofessors Lindemann, der vor allem die Notwendigkeit der zeitweiligen Verlängerung der Arbeitszeit für das Baugewerbe betonte, hat in der Öffentlichkeit viel Auf-

sehen erregt. Sehr bemerkenswert sind auch die Gedanken, die ein anderer Sozialist, Max Cohen, in der bekannten sozialistischen Schrift „Der Firn" ausspricht. Er schreibt u. a.:

„Wenn nicht alles täuscht, ist die durch die Valutaentwicklung hervorgerufene Blüte der deutschen Wirtschaft (die in Wirklichkeit ja auch nur eine Scheinblüte war) zu Ende, und nur erhöhte Leistungen werden uns weiter helfen können. Damit wird die Frage der inneren Reparation unmittelbar brennend, und wir werden uns fragen müssen, ob sie ohne stark gesteigerte Arbeitstätigkeit (im Vergleich zur Friedensleistung) überhaupt möglich ist, da ja auch die Verpflichtung zur äußeren Reparation nach wie vor weiter besteht. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden: Ohne stark gesteigerte Arbeitsleistung, die die Qualität unserer Waren und die Preise zu verbilligen vermag, können die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, nicht überwunden werden. Dabei muß eins betont werden: Es ist unbedingt notwendig, daß von dem Ertrag dieser vermehrten Arbeitstätigkeit ein erheblich größerer Teil der Arbeiterschaft zufällt als das früher der Fall war. So sicher dies ist, muß sich aber auch die Arbeiterschaft darüber klar sein, daß die bloß nominelle Einkommenerhöhung nichts nützt, solange sich nicht das Gesamtprodukt vermehrt. Geld ist lediglich eine Anweisung auf Waren; zuerst muß daher die Warenmenge vermehrt werden, wenn die nominelle Einkommenerhöhung ihren Zweck erfüllen soll. Geschieht das nicht, so ergibt sich (besonders im weltwirtschaftlichen Zusammenhang) ein sich immer mehr verschlechterndes Verhältnis des Einkommens zur Ware, die man erwerben will, und dieses Verhältnis wird auf Kosten des Einkommens um so ungünstiger, je höhere Geldsummen im Umlauf sind. Das Spiel gleicht dem Kampf mit dem vorauseilenden Schatten, den man nicht einholen kann. Wenn sich die Lage der Arbeiter wirklich bessern soll, ergibt sich folgendes: Stärkste Vermehrung der Gesamtproduktion, durch die allein der Anteil der arbeitenden Menschen wesentlich erhöht werden kann. Das ist besonders wichtig für die Produktionsgebiete, auf deren wir unabhängig von ausländischer Zufuhr arbeiten können, z. B. auf dem Gebiete der Kohlenproduktion, der landwirtschaftlichen Produktion und der Bautätigkeit. Eine sehr stark vermehrte Leistung allein auf diesen drei Gebieten würde unsere innere Wirtschaftslage ganz erheblich bessern und als Zeichen beginnender wirtschaftlicher Gesundung angesehen werden können. Nur die Vermehrung des Gesamtproduktes vermag ausreichend zu helfen: denn was die Arbeiter heute als Produzenten durch Lohnerhöhungen gewinnen, wird ihnen (wenn nicht das Gesamtprodukt zunimmt) als Konsumenten wieder genommen. Die Machtstellung der Unternehmer ist um so größer, je geringer das vorhandene Gesamtprodukt ist, da sie die Lohnerhöhung ganz auf den Warenpreis abwälzen können. Was soll nun diesen Tatsachen gegenüber geschehen?

Hier können nur die Gewerkschaften helfen, und es wäre zu wünschen, wenn sie sich in dieser Frage, die vielleicht sehr bald eine Lebensfrage für das deutsche Volk sein wird, nicht die Führung nehmen ließen. Im anderen Falle könnte es geschehen, daß man dem Unternehmer die dankbare Rolle, als Retter der deutschen Wirtschaft und somit des deutschen Volkes aufzutreten, zuschöbe. Wenn man an die besonnene Haltung der Gewerkschaften während des letzten Beamtenstreiks denkt, erscheint die Hoffnung, daß sie sich der außerordentlich schwierigen Sachlage gewachsen zeigen, berechtigt.

Das Handwerk als Erziehungsfaktor.

„Lehrling ist, wer was begann; Geselle ist, wer was kann; Meister ist, wer was ersann", mit diesem alten deutschen Zunftwort leitete in der Sitzung des Reichstags am 18. Mai der volksparteiliche Abgeordnete Beythien eine sehr wirkungsvolle Rede ein, in der er gegen den Versuch der Sozialdemokratie protestierte, durch Einbringung eines Antrages in der Lehrlingsfrage bei der Besprechung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums das Handwerk zu untergraben. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Handwerk ist durch ihre Tendenz zur Gleichmacherei gegeben. Das Handwerk beruht auf der Einzelpersönlichkeit und kann nur gedeihen, wo die Einzelpersönlichkeit die Möglichkeit zu freier Entfaltung hat, während der Sozialismus sein Ideal in dem Untergang und der Einordnung des Einzelnen in der Masse sieht. Die Sozialdemokratie versucht infolgedessen bei jeder Gelegenheit, das Handwerk zu unterhöhlen und zu Fall zu bringen. Auch der jetzt von ihr eingebrachte oben erwähnte Antrag sollte diesem Zwecke dienen. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Lehrlinge sollen durch Tarifvertrag geregelt werden. Das persönliche Lehr- und Lernverhältnis, welches den Meister mit seinen Lehrlingen verbindet, wollte man damit stören, und an Stelle des gegenseitigen Vertrauens sollte der Gewerkschaftsbeamte und der für ganze Berufe abgeschlossene Tarifvertrag treten. Ferner wollte der sozialdemokratische Antrag die Arbeitszeit der Lehrlinge unter 16 Jahren auf sechs, über 16 Jahren auf höchstens acht Stunden pro Tag beschränken. Dazu sollte der Sonnabend-Nachmittag freibleiben und im Sommer zusammenhängende längere Ferien gewährt werden. Abgeordneter Beythien führte demgegenüber aus, daß die Jugend wieder mit altem Pflichtbewußtsein erfüllt werden müsse; man könne sie ruhig einmal scharf herannehmen. Daß die Zucht nicht überspannt werden darf, ist selbstverständlich. Heute aber wird in der Jugend schon das Gefühl großgezüchtet, daß sie wunder was vorstelle. Der Lehrling ist in seinem Beruf überhaupt nichts, ehe er Geselle wird. Diese früher so selbstverständliche Feststellung wird von der Linken mit lärmenden Zurufen aufgenommen. Die Linken wollen den Lehrlingen viel freie Zeit lassen, sie fühlen aber offenbar selbst, daß sie den jungen Menschen etwas bieten müssen, um diese freie Zeit nützlich auszufüllen. Die größere fachliche Ausbildung, die gefordert wird, soll wohl dazu dienen. Eine Utopie aber ist es, in nennens-

Til. Stella aus Siegen als Schützling Melanchthons.

Von Bergrat Gustav Ernst (Halberstadt).

Auf Tilmann Stella wurde bereits in der Zeitschrift Siegerland, Band 3, 1916, Heft 2 und 3, hingewiesen.

Tilmann, der noch den väterlichen Namen Stoltz trug, verließ im Sommer 1542 die Latein-Schule zu Siegen.

Auf dieser wirkten damals zwei Gelehrte, die mit der neuen Universität Wittenberg in enger Beziehung standen, Erasmus Sarcerius, der große Theologe und Erzieher, und Georg Aemylius. Letzterer war 1540 mit einem Schreiben Martin Luthers nach Siegen gezogen, in dem dieser ihn als einen „sonderlich feinen, gelerten Gesell, dazu auch still und sittig" bezeichnet, wohl geeignet, „die wilde Jugent zu zemen zu guneten Exempel der anderen".

Der Einfluß dieser Lehrer veranlaßte Tilmann Stoltz, auch nach Wittenberg zu ziehen, wohin bereits viele Siegener und Nassauer voll Drang nach der neuen Lehre gezogen waren.

Schwere Zeiten lasteten auf den Bewohnern Siegens. Seit 1541 war nach zwanzigjährigem Zwischenraum (1519 und 1521) ein unheimlicher Gast in die engen Mauern der Stadt gezogen: Die Siechenhäuser erhielten damals den Namen Pesthäuser. Eine weise Maßnahme des Rates der Stadt war es, während dieses großen Sterbens die Schulen zu schließen und die Wochenmärkte außerhalb der Stadt zu verlegen, obwohl letztere Bestimmung von vielen Einwohnern nur als ein unberechtigter Eingriff in die alten Stadt-Rechte angesehen wurde. Ein Bild der derzeitigen Zustände gibt eine Beschwerde der Zunftmeister an den Rat der Stadt im Dezember 1542 dahingehend, daß die Totengräber die Leichen nicht tief genug eingrüben, so daß „der stank und schwere geroch die Luft des Ortes vergiftete".

Im August 1542 wurde Tilmann als Thilemannus Stoltz Nassoutensis auf der Universität Wittenberg unter dem Rektor Matthaeus Aurogallus (= Goldhahn, Professor des Hebräischen) in die Zahl der Scholastiker eingeschrieben.

Wohl gleich nach seiner Ankunft war er Zeuge, daß sein Landsmann Johannes Kalb Siegenensis, der seit April 1538 die Hochschule besucht hatte, als erster Siegener in Wittenberg am 8. August 1542 zum Magister der freien Künste promoviert wurde.

Mit Ausnahme eines Semesters 1544 in Marburg pflegte Tilmann Stoltz seine Studien in Wittenberg. Dort hatte neben der theologischen Fakultät mit Luther, dem Reformator, Melanchthon, dem Humanisten, und Bugenhagen, dem Organisator des neuen Kirchenwesens, die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der artistischen (philosophischen) Fakultät besonderen Ruf. Auch in ihr lebte der Geist Melanchthons.

Tilmann Stoltz wird sich wohl vorzugsweise mit Mathematik, besonders auf dem Gebiete der Astronomie unter Georg Joachim von Lauchen, genannt Rhaeticus († 1542) befaßt haben und später unter Erasmus Reinhold († 1553). Dieser ging in seinen Vorlesungen über Erdkunde auf Ptolemäus zurück, schloß sich jedoch wissenschaftlich dem großen Copernicus an und lieferte in seinen trigonometrischen Tafeln erst die mathematische Begründung des neuen Systemes.

Über die Studien von Tilmann Stoltz ist nichts Näheres bekannt. Wahrscheinlich hat er von dort aus bereits damals auch größere Wanderungen unternommen.

Für die Universität brachten die kriegerischen Ereignisse, besonders die unglückliche Schlacht bei Mühlberg am 24. April 1547, wenige Meilen elbaufwärts von Wittenberg, langdauernde Störungen.

Einen akademischen Grad — Baccalaureus oder Magister — hat er nicht erworben; er ist nicht in diesen Universitäts-Verzeichnissen aufgeführt und wird auch nicht als solcher in den Briefen Melanchthons bezeichnet, obwohl er später gelegentlich Magister genannt wird.

Etwas Näheres und Wichtiges über Stoltz, der inzwischen den Gelehrten-Namen Tilmannus Stella Siegenensis angenommen hatte, findet sich erst zehn Jahre nach seiner ersten Einschreibung auf der Universität Wittenberg, 1552, als er seine erste Karte über Palästina herausgab.

Aus einer Reihe von Briefen Philipp Melanchthons, die im Corpus Reformatorum (seit 1838 in Halle a. S. erscheinend) zusammengestellt sind, ergibt sich, daß dieser unseren Tilmann Stella besonders hoch schätzte und ihm beim Vertriebe seiner Karte weitgehend behülflich war. Melanchthon gab ihm Empfehlungsschreiben mit an Räte der Städte, an den Kurfürsten von Sachsen, den König von Dänemark und den Herzog von Mecklenburg, um Stella durch besondere Ehrengaben von diesen Stellen eine Entschädigung für die auf die Herstellung der Karte verwandten Mühen und Kosten zu schaffen — ein Ersatz für das jetzt übliche Verleger-Honorar. Auch die Persönlichkeit Stellas wird von Melanchthon besonders hervorgehoben. Von ihm sagt er am 22. Januar 1556: Sic vivit in Academia, ut et morum integritas aliis exemplum sit virtutis et eius opera ornent artes et discentium studia iuvent. Talis vir certe publicum bonum est.

Im Jahre 1552 war Stella mit den Empfehlungen Melanchthons in Böhmen, Sachsen, Dänemark und Mecklenburg. Neben dem Wunsch nach Absatz seiner Karte werden ihn auch die gesundheitlichen Zustände aus Wittenberg vertrieben haben. Von seinen letzten Schuljahren in Siegen kannte er die Schrecknisse der Pest, die jetzt auch hier ihren Einzug gehalten hatte und sogar im Juli 1552 die Verlegung der Universität von Wittenberg nach Torgau veranlaßte. Wer es ermöglichen konnte, verließ Wittenberg. Auch die Witwe Luthers, die nach dessen Tode am 18. 2. 1546 mit den Kindern bei Melanchthon

wertem Maße den Unterricht vermehren zu wollen, denn dazu fehlen Lehrkräfte und Geldmittel. Das viele Geld, welches jetzt oft in den Händen der Jugendlichen ist, setzt sie — besonders in den Großstädten — nur sittlichen und gesundheitlichen Gefahren aus. Die Sozialdemokratie, mit ihrem völligen Mangel an geschichtlichem Sinn, und mit einer Traditionslosigkeit kann für das Handwerk kein Herz haben, denn sie versteht es nicht. — Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

„Den Finger drauf."

Demokratische Partei und Landwirtschaft.

Das Bemühen der Demokratischen Partei, ihren vorwiegend großstädtischen Charakter vor der Landbevölkerung zu verhüllen, muß ohne Erfolg bleiben, weil sie sich gar zu oft vergißt. Jetzt bietet ihrem Parteiorgan „Der Demokrat" (Nr. 19 vom 11. Mai 1922) das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft Gelegenheit, in einer Form gegen die Landwirtschaft Stellung zu nehmen, wie man sie sonst nur bei linkssozialistischen Blättern gewöhnt ist. Die Notiz, die gerade wegen ihrer unsachlichen Kürze den Charakter wegwerfender Gehässigkeit zeigt, endet mit den Worten: „Demnach scheint das viel gerühmte Hilfswerk der Landwirtschaft nichts anderes zu sein und werden zu sollen, als ein Hilfswerk — für die Landwirtschaft!" Gegen die Parole: Zusammenwirken beim Aufbau setzt die Demokratische Partei also die ihre verhetzen — zersetzen! Bekanntlich ist der Sinn des genannten Hilfswerkes der, die deutsche Landwirtschaft durch Produktionssteigerung in die Lage zu versetzen, die Ernährung unseres Volkes aus der heimischen Scholle sicherzustellen. Dazu bedarf es des Zusammenarbeitens mit den anderen Ständen, und die deutsche Industrie hat auf den letzten Reichstagungen ständig ihre Bereitwilligkeit zu einem verständnisvollen Zusammengehen betont. Seine Angriffe stützt das demokratische Parteiorgan auf einen Bericht über eine Ausschußsitzung des Reichswirtschaftsrates, in dem diese Notwendigkeit ebenfalls betont war.

*

Stimmen im Ausland.

Daß unsere Volksgenossen in Übersee die Entwicklung der Dinge in Deutschland und Europa mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen, ist bekannt. Einen neuen Beweis erhalten wir aus einem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Privatbrief eines deutschen Geschäftsmannes in Soerabaja auf Sumatra, der zugleich ein verblüffendes Zeugnis von englischer Seite für die Güte deutscher Waren enthält. Es heißt dort u. a.: „Mit Besorgnis verfolgen wir den Gang der Ereignisse in Deutschland. Der furchtbare Sturz der Markvaluta ist in seinen Folgen gar nicht zu erfassen. Man möchte manchmal am Verstande der Führer der europäischen Politik zweifeln. — Hier erlebt man auch umgekehrte Welten. Eine englische Firma zeigte kürzlich in der Zeitung den Verkauf von deutschen Waren an unter besonderer Hinzufügung des Wortes „deutsch"! Mit Genugtuung kann man hier auch feststellen, daß die Entente ständig an Sympathie verliert."

*

Das Notgeld

soll nach einem Gesetzentwurf, der demnächst dem Reichstage zugehen wird, bis zum 30. Juni dieses Jahres aus dem Verkehr gezogen werden. Gleichzeitig wird die Anfertigung neuer Notgeldscheine verboten. Hoffentlich rechtfertigt sich dieses Vorgehen dadurch, daß dem Verkehr das nötige Reichsgeld, namentlich in der Gestalt von 50 ℳ-Stücken und Ein- und Zwei-Markscheinen, auch wirklich zugeführt wird. Dann wird man sich damit abfinden können, daß das Notgeld ein Ende nimmt. Dabei werden wir uns allerdings darin schicken müssen, daß mit dem Notgeld nicht leider auch die Not ein Ende hat.

*

Die Bolschewistenjagd auf Kirchenschätze

hat, wie zu erwarten war, zu schweren Verwicklungen geführt, die eine Anzahl von russischen Popen nach dem kürzlich gefällten Urteil mit dem Tode zu bezahlen hat. Diese russischen Geistlichen haben bekanntlich gegen die Beschlagnahme von Kirchengütern tätlichen Widerstand geleistet. Die bis zum 15. April erzielte Beute der Sowjetregierung beläuft sich auf zwanzig Tonnen Silber, dreiundzwanzig Zentner Gold und fünftausendachthundertundsechs Edelsteine. Die Ausbeute an Gold entspricht ungefähr einem Werte von drei Millionen Goldmark.

Aus der Partei.

Der Bestand des Reichstags.

Nach dem eben erschienenen neuen Mitgliederverzeichnis besteht der Reichstag aus **469 Mitgliedern**, und zwar:

- 108 Sozialdemokraten,
- 72 Zentrum (darunter 3 Welfen als Hospitanten),
- 71 Deutschnationalen,
- 71 unabhängigen Sozialdemokraten,
- 65 Deutsche Volkspartei,
- 40 Demokratische Partei,
- 20 Bayerische Volkspartei,
- 11 Kommunisten,
- 4 Bayerischer Bauernbund,
- 2 wilde Welfen,
- 5 Abgeordnete bei keiner Partei (Berthele, Brühl, Eichhorn, Malzahn und Reich)

Die letzten vier Gruppen bilden keine Fraktion mehr, da zur Fraktionsbildung mindestens 15 Mitglieder gehören. Zu den Unabhängigen zählt auch der Urkommunist Dr. Levi. Inner-

---

Aufnahme gefunden hatte, wollte der Pest dort entfliehen, erlitt jedoch auf dem Wege nach Torgau einen Wagen-Unfall, an dessen Folgen sie im Dezember 1552 starb.

Stella hat sich in der Zeit seiner großen Erfolge durch den Zusatz zu seinem Namen stets seiner Vaterstadt erinnert; auch die Heimat muß daher seiner gedenken.

Diesem Gefühle sind die nachfolgenden Zusammenstellungen von Briefen entsprungen. Von diesen ist Nr. 1 an Melanchthon von seinem Schwiegersohn Peucer gerichtet; Nr. 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9 stammen von Melanchthon selbst und Nr. 5 ist von Bugenhagen geschrieben. Nur die Briefe 5 und zum Teil 6 an Christian II., König von Dänemark, sind in deutscher Sprache abgefaßt, die übrigen sind aus dem Lateinischen nach dem Abdruck im Corpus Reformatorum übersetzt.

Nr. 1. C. Peucer an Phil. Melanthon am 18. Febr. 1552.

Corpus Reformatorum Vol 7, pag 946 (1840).

Caspar Peucer (1525—1602) war nach Friedensburg, Geschichte der Universität Wittenberg S. 274, „wohl der vielseitigste und hervorragendste Gelehrte, den nach Melanchthon die Universität Wittenberg in jenem Zeitraum zu den ihrigen zählte". — Er war 1554 Professor der Mathematik, Astronomie, Erdkunde und 1560 auch der Medizin. (Im Jahre 1550 heiratete er Magdalena, die Tochter Melanchthons.)

Tilmann (Stella) hat von Palästina 600 Abzüge drucken lassen, jedoch nur wenige im Einzelnen verkauft. Obwohl er einen geringen Preis dafür verlangt, wird das Werk doch nur von Wenigen gekauft, weil die Meisten sogar der zum täglichen Leben nötigen Mittel entbehren. Wir haben ihm geraten, einen ganz besonders mit Farben angelegten Abzug der Nürnberger Stadt-Verwaltung (Melanchthon war zu jener Zeit in Nürnberg) zu überreichen. Wenn Du damit einverstanden bist, soll er Dir diesen Abzug übersenden; wenn nicht, werden wir ihm davon abraten.

Nr. 2. Phil. Melanthon an Joh. Matthesius am 27. März 1552.

Corpus Reformatorum Vol 7, pag 970 und G. Loesche. Joh. Mathesius, Gotha 1895, II. 272.

Dr. Joh. Mathesius (1504—1565) lehrte seit 1542 in Joachimsthal das Evangelium; er ist der fesselndste Charakter des Luthertums in Böhmen.

Melanchthon stand mit ihm in lebhaftem Briefwechsel. Dieser behandelte neben theologischen Fragen auch neue Münzen für M's Münz-Sammlung, die in der alten Heimat der (Joachims-)Thaler aus dem dort gewonnenen Silber geprägt wurden.

Melanchthon hatte den Matthesius dort am 13. und 14. März 1552 auf der Rückreise von dem Religions-Gespräch zu Nürnberg über Eger besucht. Schon am 16. März stellte Melanchthon ihm von Annaberg eine Karte in Aussicht (Corp. Ref. 7, 962). Bald nach der Rückkehr in Wittenberg am 20. März 1552 schrieb er folgenden Brief:

Wolfgang Mylius, ein höchst ehrenwerter Mann und hervorragender Gelehrter, wird Dir und Caspar (Magister Caspar Eberhard, Rektor in Joachimsthal, später Generalsuperintendent und Professor in Wittenberg) die versprochenen Karten von Palästina bringen; hoffentlich macht Euch deren Betrachtung Freude .... Deine wertvolle Empfehlung würde bei dem Rate der Stadt von großem Nutzen sein und Du wolleſt ihn ausdrücklich Angelus (= Simon Engel von Zwickau, seit 1544 Stadtschreiber) empfehlen, für den ich ebenfalls eine Karte von Palästina beilege.

Am 1. Mai 1552 spricht Matthesius seinen Dank Melanchthon für die Karte von Palästina aus (Corp. Ref. 7, 991).

Nr. 3. Phil. Melanthon an Joh. Matthesius am 10. Mai 1552.

Corpus Reformatorum Vol 7, pag 1001.

Jeder Mensch liebt von Natur sein Vaterland. Das Vaterland der Kirche ist von altersher das Land Palästina. Daher haben auch alle guten und frommen Leute an seiner bildlichen Darstellung ihre Freude. Auch sind, wie Du weißt, solche Darstellungen für das Verständnis der Geschichte nützlich. Deshalb bitte ich Dich, dem Überbringer, unserm Künstler Tilmann Stella, der Dir eine Karte von Palästina bringt, jetzt freundlichst aufzunehme.. und Deinen Ratsherrn zu empfehlen. Solche Künste verlangen nach Frieden und öffentlicher Ruhe; sie müssen durch das Wohlwollen der Regierenden geschützt und gefördert werden. Leb wohl und schreib bald wieder.

Nr. 4. Phil. Melanthon an G. Kummerstadt am 10. Mai 1552.

Corp. Ref. Vol 7, pag 1000 (1840).

Dr. jr. Georg Kummerstadt war Kanzler Johann Friedrich des Großmütigen, Kurfürsten von Sachsen.

Wenn auch zu Friedenszeiten Bücher und geschichtliche Karten willkommener sind, so wollen wir doch auch auf Frieden von Gott hoffen. Auch weiß ich, daß Du bei Deinen vorzüglichen Eigenschaften in der jetzigen trüben Zeit die Wissenschaft nicht vernachlässigst. Der Überbringer dieses Schreibens, Tilmann Stella, hat eine Karte von Palästina herausgegeben und überreicht voller Achtung einen Abzug dem Erlauchten Kurfürsten von Sachsen. Ich glaube, daß Eure Exzellenz an der Tafel, auf der das alte Vaterland der Kirche dargestellt ist, Freude haben wird. Daher empfehle ich Eurer Exzellenz gehorsamst diesen Meister. (Schl. f.)

halb des Zeitraumes von noch nicht zwei Jahren haben zahlreiche Veränderungen durch Tod, Mandatniederlegung und Neuwahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen stattgefunden. Nicht weniger als 47 neue Mitglieder sind seit Juni 1920 eingetreten. Neue Verschiebungen werden stattfinden, wenn in Oberschlesien die noch ausstehenden Reichstagswahlen erledigt sind. Dabei wird das Zentrum wohl eine Anzahl Mandate verlieren, so daß es dann von der zweiten Stelle trotz welfischer Hospitanten an die vierte Stelle rücken wird.

*

Unseren Parteifreunden

empfehlen wir nachstehende Schriften aus dem **Staatspolitischen Verlag G. m. b. H.,** Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.

Spickernagel (Dr. Wilhelm), Ludendorff. 3. Aufl. 1919. Geh. 6.50 *M*, geb. Halbleinen 9.50 *M*, Ganzleinen geb. 30.— *M*.

Moldenhauer (Universitäts-Prof. Dr.), Die Rheinische Republik. 1920. Geh. 1.— *M*.

Neumann (Dr. Otto), Braucht der Staat die Religion? 1920. Geh. 4.— *M*.

Noack (Helmut), Ringende Jugend. 1921. Geh. 8.50 *M*, geb. 13.50 *M*.

Ostwald (Dr. Paul), Von Versailles 1871 bis Versailles 1920. 1922. Geh. 28.— *M*.

Ponfick (Dr. jur.), Das ländliche Siedlungswesen. Geh. 5.— *M*.

Rechberg (Arnold), Die Ostfrage. 1920. Geh. 3.50 *M*.

Reichert (Dr. J.), Wirtschaftspolitische Industrie-Verbände. 1919. 2. Aufl. Geh. 1.— *M*.

Schellwitz-Lützen (Dr. jur. Anna-Lise), Die Frau im neuen Deutschland. 1920. Geh. 1.— *M*.

Wermbter (Dr. Hans), Die deutsche Frage und die deutschen Dynastien seit 1648. 1922. Geh. 8,50 *M*.

Schultze-Pfaelzer (Gerhard), Der ewige Umsturz. 1920. Geh. 6.— *M*.

Spickernagel (Dr. Wilhelm), Der Kardinalfehler unserer Politik. Geh. 7.— *M*.

Küster (Geh. San.-Rat Dr. Konrad), Deutschland als Volksstaat 1920. Geh. 2.— *M*.

Marezky (Bürgermeister Dr. O.), Gemeinde-Politik. 1919. 2. Aufl. Geh. 1.— *M*.

Spickernagel (Dr. Wilhelm), Reiseeindrücke aus Sowjetrußland. 1922. Geh. 8.50 *M*.

Spieß (Eduard), Das Reich muß uns doch bleiben. 1919. Geh. 1.— *M*.

Stein (W. C. Ludwig, Rom), Italienisch-deutsche Wirtschaftsfragen. 1920. Geh. 2.50 *M*.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Philipp Streng
Grete Streng
geb. Leuckel
Vermählte
Frankfurt a. Main *Dahlbruch*
27. Mai 1922.

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL KAMINE
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

NOH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, SCHIFF-, BRÜCKEN-, VERSENK-**NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Feldmann & Münker
G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.
Neueisen Alteisen Metalle.
Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Uebernehmen Montage und Demontage
von **Maschinen** aller Art, **Dampfmaschinen, Lokomobilen, Hammer-, Preß-** und **Walzwerksanlagen** sowie **Kessel** und **Eisenkonstruktionen.**
Wir garantieren für gewissenhafte und sachgemäße Ausführung bei billigster Berechnung. 1a Referenzen gerne zu Diensten.
Gestring & Heitze
Dortmund, Burgholzstr. 29 Deutz i. Westf.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.
Kreuztal, Kr. Siegen.
Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

J. H. Kurth, Kreuztal
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Eisen- u. Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf (Kr. Siegen)
Uebernahme von Dreharbeiten
wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.
Anfertigung u. Bearbeitung von **Maschinenteilen** jeglicher Art.
Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.
Generalvertretung
der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Krombacher

Pilsener, hell und dunkel
KRUMBERG BRAU
hergestellt aus nur Malz u. Hopfen
in Friedensstärke.


Automobile.
Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 126
Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.
Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Parteibüro der D. V. P. Brüderweg 1.

Kartothek-Karten
fertigt nach Vorlage
W. Wiechel Berleburg i. W.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 **Eisenbahn-Baugeschäft** Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Justus Stahlschmidtsche Werke
G.m.b.H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzteile.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 899. — Marburger Str. 10/12.

Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.
Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Frühstücks-Services
Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch
J. WELTER
Kornmarkt 12—16.

Siegerländer Landwirtschaftliche
Ausstellung
(Südwestfalen)
vierte Ausstellung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins
(Kultur- und Gewerbe-Vereins)
des Kreises Siegen in Siegen
vom 15. bis 19. September 1922.

(Verlängerung der Aussellung außer Viehgruppen wahrscheinlich).

Gruppen:

I. **Rindvieh:**
A) **Rotes Gebirgsvieh.** (Vors. Herr Kreistierarzt Bahr, Siegen.) (Siegerl. Herdbuchvieh).
B) **Rindvieh anderer Rassen.** (Vorsitzende die Herren: Johs. Klöckner, Obernetphen, Gem.-Vorst. Schmidt in Eichen)
II. **Ziegen** (weiße hornlose [Schweizer] Ziegen). Vors. Herr Eduard Schneider in Siegen).
III. **Schafe und Schweine.** (Vors. Herr Landwirtschaftslehrer Recknagel in Siegen).
IV. **Geflügel und Kaninchen.** (Vors. Herr Lehrer Weisbauer in Weidenau).
V. **Fischerei und Fischereigeräte.** (Vors. Herr Amtmann Ebberg in Kreuztal).
VI. **Bienen, Geräte für Bienenhaltung und Bienenerzeugnisse.** (Vors. Herr Lehrer Jung in N.-Dielfen).
VII. **Obst-, Gemüse- und Gartenbau.** (Vors. Herr Amtmann Middeldorf in Freudenberg).
VIII. **Landwirtschaftliche Boden- und Tiererzeugnisse und deren Verwertung.** (Vors. wie III).
IX. **Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfung.**
(Vors. Herr Wiesenbauschullehrer Sommermann in Siegen).
X. **Jagd, Jagdgeräte, Forstwirtschaft und Hunde.**
(Vors. für Forstwirtschaft: Herr Kreisoberförster Sorg in Weidenau).
„ „ Jagd: Herr Lehrer Metzler in Siegen).
„ „ Hunde: Herr Fabrikant Daniel Nöh in Weidenau).
XI. **Landwirtschaftliche Geräte u. Maschinen** (Industrie-Abtlg.) (Vors. Herr C.W. Vogel in Siegen).
XII. **Landwirtschaftliches Unterrichts-, Meliorations- und Bauwesen.**
(Vors. Herr Dr. Breitenbach, Direktor der Wiesenbauschule in Siegen)

Die Geschäftsräume befinden sich ab 15. Mai in der Eintracht.
Telephon Nr. 710 und 1464 Amt Siegen.

Anmeldeformulare und Ausstellungsbedingungen werden den Interessenten, welche sich bereits meldeten, in Kürze zugehen, sie sind auch bei der Ausstellungsleitung und den Gruppenvorsitzenden zu erhalten.

Weitere Meldungen sind zu richten an die Herren Gruppenvorsitzenden und die Ausstellungsleitung.

Für den Hauptausschuß:
Der Direktor des Kultur- und Gewerbe-Vereins:
Goedecke, Landrat.

Die Ausstellungsleitung:
Dr. Weber. C. W. Vogel. Dr. Breitenbach. Ernst Wildenberg.

BURBACHBETON
Baugesellschaft mit beschränkter Haftung
KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,

Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.

Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

WEIDENAU.

Heinrich Braas
Bautechnisches Büro
Sandstraße 1 :=: Ruf 804.

Paul Hruby
Spezialhaus für feinen Damenputz
Wilhelmstraße.

Schuhhaus
Paul Saßmannshausen
empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf [illegible].

Karl Busch
Buchhandlung u. Buchbinderei
— — gegr. 1897 — —
Siegstr. 25 :=: Ruf 2022.

Otto Moritz
Uhren, Gold- und Silberwaren.
Bestecke in Massivsilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.
Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Zigarren-Spezialgeschäft
Heinrich Sänger
Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

August Braun
Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

Löwen-Drogerie
Fritz Müller
Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

Schleifenbaum & Steinmetz
Maschinenfabrik.
Spezialität:
Scheren, Pressen, Dampfhämmer
Austraße, Ruf 1479.

Karl Burgmann
: Schuhwaren und Maßarbeit :
Siegstraße 7.

Nordstern-
Versicherungs-Aktiengesellschaften
Berlin-Schöneberg
empfehlen sich für
Lebens-, Feuer-,
Unfall-, Einbruch-Diebstahl-,
Haftpflicht-, Aufruhr-,
Transport- und Reisegepäck-
Versicherungen.
Generalvertreter
Heinrich Autschbach
Untere Friedrichstr. 31.
— Ruf 518. —

Wilhelm Schweisfurth
Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche,
Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Albert Grimm
Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Josef Thelen
Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

HOTEL PATT
(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Hermann Treude
Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung
Geisweid i. W.
Büro u. Lager Weidenau, Untere Friedrichstr. 64
Ruf 1407.

Paul Haubrich
Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns Kaffeegeschäft
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Karl Helmes
Kaffee-Spezialgeschäft
Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.
Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

Johann Reinhard
Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Konditorei und Café
ERNST WARNKE
Bringe meine Gartenwirtschaft in empfehlende Erinnerung.
Wilhelmstraße Ruf Nr. 368.